

Lichtenstein-Galuberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Sohndorf, Köditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau u. Mülsen.

Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

53. Jahrgang.

Nr. 93.

Verlagspreis: 7 Pf.

Freitag, den 24. April

Telegraphische Adressen:

1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Im „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die fünfspaltige Zeile 15 Pfennige. —

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

in Berlin, 22. April 1903.
(Nachdruck verboten.)

Als der Reichstag heute seine Sitzung begann, konnte man sich leicht der Hoffnung hingeben, daß die Verhandlung nicht durch ebenso eintönige Reden ausgefüllt würde, wie der gestrige Tag. Denn ohne jede Erörterung wurden die drei ersten Punkte der Tagesordnung erledigt. Bei der Beratung des Phosphorgeetzes aber gingen diese Hoffnungen wieder in die Brüche. Wieder die alten Bemühungen der Reichsboten, sich bei ihren Wählern als große Sozialpolitiker ins rechte Licht zu setzen. Ihre Reden, fast ohne Ausnahme, trieben förmlich von Selbstlosigkeit. Nur der Abgeordnete Schaettgen (Ztr.), ein süddeutscher Zündwarenfabrikant, machte in mehr als einstündiger Rede den unglücklichen Versuch, die einseitigen Interessen der Fabrikanten zu vertreten. Durch die Menge der Argumente und die Länge seiner Beweisführung erreichte er aber gerade das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt hatte. Herr Dertel (konf.) bekannte selbst, daß er ursprünglich ein Freund der Entschädigung gewesen, jetzt aber — und nicht zum kleinsten Teil durch die Ausführungen Schaettgens — von einem Saulus zu einem Paulus bekehrt worden sei. Er vertrat dann mit aller Entschiedenheit den auch vom Grafen Posadowsky dargelegten Standpunkt, daß an eine Entschädigung der Fabrikanten nicht zu denken sei. Daß die Sozialdemokraten von einer Entschädigung nichts wissen wollen, ist ja bei ihrer prinzipiellen Stellung zu der Frage selbstverständlich. Interessant war hingegen die Forderung des Abgeordneten Cramer (soz.), der eine Entschädigung an die von der Phosphor- nekrose betroffenen Arbeiter verlangte. Es sind für die Gewährung einer Entschädigung demnach — da sich auch Pauli-Oberbarnim (Rp.) dagegen aussprach — nur das Zentrum und die Freisinnigen, die Aussicht auf eine Annahme des Antrages Wiener also ziemlich gering. Wenn man die soziale Bedeutung des Entwurfs in Betracht zieht, so kann man, ohne Rücksicht auf seine eigene Parteistellung, nur dem Abgeordneten Dertel beistimmen, der mit allem Nachdruck darauf drang, den Antrag Biehler abzulehnen. Dieser Antrag wünschte eine Aussetzung der Beratung, bis vom Reichstanzler neue Erhebungen über Erkrankungen an Phosphornekrose angefertigt wären. Die schädlichen Wirkungen einer dauernden Beschäftigung mit einem so scharfen Gifte wie Phosphor sind von medizinischen Autoritäten so zweifellos und unanfechtbar nachgewiesen, daß es nur im Interesse der Volkshygiene liegen kann, wenn das Gesetz so bald wie möglich verabschiedet wird. Dieser Auffassung konnte sich das Haus denn auch nicht verschließen und lehnte mit erdrückender Mehrheit den Antrag Biehler ab. Da sich auch die Abgeordneten Münderferber (nl.) und Schrader (rs. Vgg.) namens ihrer Parteien gegen die Gewährung einer Entschädigung aussprachen, fand das Gesetz in der Kommissionsfassung, die nur in einigen unwesentlichen Punkten von dem Regierungsentwurf abweicht, Annahme.

Das äußere Bild der Sitzung war, wie man mit Bemühen konstatieren konnte, ein wesentlich anderes, günstigeres, als bisher. Das Haus war reichlich beschlußfähig. Die Beteiligung an der Beratung war sehr rege, sogar so rege, daß die Verhandlung sich wieder bis zu später Abendstunde ausdehnte. Morgen kommt das Krankenversicherungsgesetz, eine Vorlage von nicht geringerer sozialer Wichtigkeit, zur Verhandlung. Bei dem großen Gewicht, das die Sozialdemokraten gerade auf dieses Gesetz legen, kann man sich auf eine mehrtägige Debatte gefaßt machen.

Der „Chemn. Allg. Ztg.“ entnehmen wir folgendes:

Was geht in Sachsen vor?

Aus Dresden, 21. April, schreibt uns unser

Δ-Gewährsmann: „Es muß schon weit gediehen sein mit der tatsächlich seit einiger Zeit unverkennbaren Mißstimmung, die sich weiter Kreise der sächsischen Bevölkerung und namentlich der breitesten Schichten der Einwohnerschaft Dresdens bemächtigt hat, wenn die „Dresdner Nachrichten“, neben dem „Waterland“ das führende Organ der konservativen Partei, in ihrer heutigen Ausgabe schreiben, „es hieße die Augen absichtlich vor offensichtlichen Tatsachen, auf die man bei jedem Schritt stößt, verschließen, wenn man diese Mißstimmung (zunächst der Dresdner Bevölkerung) leugnen wollte.“ Ueber die Ursachen dieser „völkerpsychologisch“ höchst bemerkenswerten Erscheinung heißt es dann, nachdem der gedrückten Lage der allgemeinen Erwerbsverhältnisse, der verfahrenen Staatsfinanzen usw. gedacht ist, weiter:

„Besonders aber ist die Gemütsstimmung weiter Schichten in letzter Zeit bedrückt worden durch die nachhaltigen Versuche offizieller Kreise, auf die Empfindungsausprägung der Dresdner Einwohnerschaft bestimmend einzuwirken. Es muß ausgesprochen werden, daß mit den gedachten Maßnahmen ein nicht so wenig als glücklicher Weg betreten worden ist, selbst wenn man zunächst auf einen äußeren Erfolg hinweisen kann. Diese Auffassung reicht weit in die Kreise der Bevölkerung hinein, deren staatserhaltende, nationale und monarchische Gesinnung über allen Zweifel erhaben ist. Es liegt hier ein Mißgriff vor, der als Gewissenszwang empfunden wird.“

Schließlich fordert das Blatt eine Aussprache zwischen Oberbürgermeister und Stadtverordnetenkollegium über die Stimmung in Dresden. Daß Mißmut und Unlust zur Teilnahme am politischen Leben aber nicht bloß in der Residenz, sondern im ganzen Lande sich bemerkbar machen, das dokumentiert, abgesehen von einer Dresdner Zuspätschickung an die Berliner „National-Zeitung“, ein Gott sei mit dir, mein Sachsenland! überschriebener Artikel der „Dresdner Neuesten Nachr.“, der u. a. ebenfalls die schlimme Finanzlage und „die unerquicklichen Vorkommnisse der letzten Zeit“ für die „Gewitterschwüle“ und den „erschreckenden politischen Indifferentismus“ verantwortlich macht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser hat angeordnet, daß für das ganze Heer eine neue Litewka aus grauem Tuch eingeführt wird.

* Von der Prinzessin Luise von Toskana. In der Wiener Hofgesellschaft turieren seit einigen Tagen Erzählungen über die Stellung der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen, nach welchen der Kronprinz der Ansicht zuneigt, daß, wenn eine Ausöhnung der Prinzessin mit dem Waterhaus erfolgt sei, nun auch eine solche mit ihm nicht unmöglich sein könne. Sein Verharren bei dieser Ansicht selbst im Hinblick auf die Konsequenzen bezüglich der Thronfolge sollen den Konflikt zwischen dem König und dem Kronprinzen und die Einfügung des Passus von der „schon längst im stillen tiefgefallenen Frau“ in das bekannte Manifest des Königs hervorgerufen haben. Während der Anwesenheit des Königs Georg in Wien sollen neue wichtige Besprechungen in der Angelegenheit gepflogen und dabei auch verschiedene, vom Wiener Hofe unterbreitete Vorschläge, die den künftigen Wohnort der Prinzessin betreffen, erwoogen werden.

* Friedensklänge. Gegenüber heftigen Äußerungen der panslawistischen Blätter fährt die „Kölnische Zeitung“ auf Grund augenscheinlich von Berlin aus inspirierter Meldung fort, zu versichern, die leitenden Kreise an der Donau

sowohl wie an der Neva seien von dem Gedanken durchdrungen, daß ihre Interessen am besten gewahrt werden, wenn die beiden Mächte in enger Fühlung zusammen vorgehen, um einen Ausbruch von Feindseligkeiten auf dem Balkan zu verhüten. Rußland habe in Ostasien große Aufgaben zu lösen und stehe außerdem einer Bewegung weiter Kreise gegen die Herrschaft der Bürokratie gegenüber, welche die größte Aufmerksamkeit der Regierung erfordert. Der Zar sei von aufrichtiger (!) Friedensliebe befeelt, desgleichen herrsche im russischen Volke ausgesprochene Abneigung gegen einen Krieg. Beide Staaten wollen außerdem den Frieden, nicht aus Vorliebe für einander, sondern aus den allein maßgebenden Gründen eigener politischer Interessen.

* Das Kapitel der Staatsangehörigkeit dürfte in nächster Zeit eine sämtliche deutsche Bundesstaaten angehende gesetzgeberische Revision erfahren. Aus den Materien, die durch das zu erwartende Gesetz über die Staatsangehörigkeit im einzelnen zu regeln sein werden, hebt die „Nat.-Lib. Korr.“ u. a. folgendes hervor: Einem Ausländer, dem in einem deutschen Staate die Naturalisation versagt wird, ist es nicht verwehrt, den Versuch der Reife nach bei allen übrigen Staaten zu wiederholen. Auf diese Weise können unter Umständen die größeren Einzelstaaten in die Lage kommen, sich durch Rückenburg oder Neuzug einen Staatsbürger aufdrängen zu lassen, den ihre Behörden zurückgewiesen hatten. Eine Uenderung dieses status quo bei der Neugestaltung des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit dürfte sich als unumgänglich erweisen. Was das Recht der Ausweisung betrifft, so wird das selbe nach wie vor von den Einzelstaaten als ihr Reservat in Anspruch genommen.

* Unendlich kleinliche Gesinnung verdrät der Erlass eines polnischen Propstes, in dem er ausführt:

Gelegentlich habe er zu seinem größten Erstaunen bemerkt, daß seine katholischen Schulkinder angehalten wurden, mit evangelischen Mitschülern gemeinsame Gebete zu verrichten, insbesondere das Vaterunser mit dem nichtkatholischen Schluß, was nach den Satzungen der heiligen katholischen Kirche streng verboten sei. Er rufe die Staatsbehörde an, „dem Uebel“ entgegenzutreten.

Das Vaterunser stammt bekanntlich nicht von den Reformatoren, sondern aus der Bergpredigt Christi (Ev. St. Matthäi 6, V. 9 bis 13) und wenn auch in der katholischen Kirche der Schluß nicht mitgebetet zu werden pflegt, so ist doch kaum anzunehmen, daß durch ihn das Seelenheil katholischer Kinder gefährdet werden könnte. Oder sollte das „Nichtkatholische“ von dem Beschwerdeführer etwa in dem deutschen Vaterunser gefunden werden, gleichwie sein Amtsbruder in Witaschütz seinerzeit in dem deutschen Gebet eine Sünde entdeckt hat? Leider ist nicht bekannt geworden, welche Antwort dem Propst auf seine Beschwerde erteilt worden ist.

* Das bayrische Ministerium des Innern hat auf eine Anfrage von beteiligter Seite entschieden, daß der Standesbeamte in Aischach bei Lindau, wohin die Villa Toskana gehört, zur Beurkundung der Geburt des von der Prinzessin zu erwartenden Kindes nicht zuständig sei. Voraussetzungen sind für die Beurkundung der Entbindung vom Dresdner Hofe getragen werden.

* Die Nachricht, daß der Mörder des russischen Konsuls Schtcherbina, der Albanese Ibrahim, bereits zum Tode verurteilt sei, ist falsch. Ibrahim wird mit seinem Mitschuldigen, einem albanesischen Gemüsehändler aus Mitrowiza, erst am Sonnabend nach Usküb gebracht und hier erst vor Gericht gestellt werden. Die Anklage lautet, der Gemüsehändler habe in Mitrowiza öffentlich erklärt, der russische Konsul hätte schon längst getötet werden sollen, aber „wir sind nicht mehr die alten Albanesen

onig
mann,
tigung
chen
ns
sfällen
schnelle
er Preis-
ert.
Koch
Markt 6.
Seiferkeit
onig,
trakt,
ast.
mann,
en
Gesicht,
nsehen,
nd Blenz
debeuter
h-Seife
arebeut-
hymmarke
r, in St.
in Gohn-
und G.
e,
0, 180,
lt
ann,
if
us.
en
iten
r,
etc
au
h
u/S.
rlin.